

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte,
Friedrich Straetmanns, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/29148 –**

Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (Bundsratsdrucksache 150/21)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Inhalt eines Gesetzentwurfs geschieht nicht nur im Deutschen Bundestag. Sondern sie vollzieht sich auch bei der Bundesregierung, etwa in den einzelnen Bundesministerien. Dort haben schon in den Beteiligungs- und Anhörungsverfahren gemäß den Vorschriften der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), aber auch darüber hinaus Verbände und sonstige Personen außerhalb der Bundesregierung als Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter (im weiteren Text: externe Dritte) Möglichkeiten der Beeinflussung des Inhalts der gesetzlichen Regelungsvorschläge.

Grundsätzlich sind der Austausch der Bundesregierung mit externen Dritten und die Kenntnis, Abwägung und ggf. Berücksichtigung der im Laufe der Erstellung von Gesetzentwürfen geäußerten Stellungnahmen und enthaltenen alternativen Formulierungen nicht falsch, sondern ganz im Gegenteil: Das ist sogar wichtig. Die Bundesregierung kann und soll sich mit den in der Gesellschaft vorhandenen Auffassungen, Positionen und Interessen auseinandersetzen und diese im Rahmen der Erstellung von Gesetzentwürfen als Initiativberechtigte im Sinne des Artikels 76 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) ggf. berücksichtigen.

Dies muss nur für den Deutschen Bundestag als Gesetzgebungsorgan und nicht zuletzt auch für die Öffentlichkeit ersichtlich sein. „Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.“ (BVerfGE 40, 296 (327)). Darüber hinaus sollten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller grundsätzlich gleiches Gehör bei der Bundesregierung finden.

Die Mitglieder des Deutschen Bundestages wissen nach Einschätzung der Fragestellerinnen und Fragesteller wenig Konkretes über die Erkenntnisquellen des Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (Bundsratsdrucksache 150/21), die ggf. durch externe Dritte im Prozess der Erstellung des Gesetzentwurfs eingeführt wurden und auf denen die

konkreten Regelungsvorschläge ggf. beruhen. Der Deutsche Bundestag hat jedoch ein gewichtiges Interesse daran, die Übernahme bzw. Berücksichtigung der Vorschläge oder Stellungnahmen externer Dritter in dem Gesetzentwurf zu kennen. Zu der Bewertung eines konkreten Regelungsvorschlages gehört schließlich auch die Kenntnis, welchen spezifischen Interessen und Zielen er dient. Nur so kann umfassend ermessen werden, ob das Regelungsziel geteilt wird und ob die Regelung dafür unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen geeignet, erforderlich und angemessen ist.

Der Deutsche Bundestag kann nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller erwarten, dass die Bundesregierung von sich aus offenlegt, auf der Stellungnahme oder Forderung welches externen Dritten ein konkreter gesetzlicher Regelungsvorschlag gegebenenfalls beruht und ob ggf. ein Mitglied oder ein Vertreter der Bundesregierung persönliche finanzielle Vorteile aus der Berücksichtigung hat.

Es ist kein Grund ersichtlich, die Kenntnis dieser Umstände dem Gesetzgebungsorgan vorzuenthalten. Es ist vorzusetzen, dass die Bundesregierung nichts zu verbergen hat. Die Fragestellerinnen und Fragesteller gehen davon aus, dass die Bundesregierung das berechnete Interesse der Öffentlichkeit und der Fragestellerinnen und Fragesteller sowie des Deutschen Bundestages auf substantiierte Informationen achtet. Sie erwarten, dass die Bundesregierung insbesondere in den Fragen 3 und 4, soweit Änderungen des Gesetzentwurfs nach der Verbändeanhörung vorgenommen worden sind, diese einzeln benennt und genau begründet.

Der bloße Verweis auf den Vergleich der verschiedenen Fassungen der Gesetzentwürfe der Bundesregierung mit den in der sog. Verbändeanhörung eingegangenen Stellungnahmen missachtete nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller das parlamentarische Fragerecht.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist bestrebt, Regierungshandeln transparent und damit für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu gestalten. Daher hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Dezember 2016 der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ angeschlossen, um die Transparenz des Regierungshandelns für die Bürger weiter zu erhöhen. Das Bundeskabinett hat am 15. November 2018 eine „Vereinbarung zur Erhöhung der Transparenz in Gesetzgebungsverfahren“ getroffen. Hierdurch soll die bereits in der 18. Legislaturperiode erprobte Praxis fortgesetzt werden, Gesetz- und Verordnungsentwürfe in der Form, in der sie in eine etwaige Verbändebeteiligung gegangen sind sowie den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Vereinbarung ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1557560/3eb272d7adece1680649212178782fdb/2018-11-15-transparenz-gesetzgebungsverfahren-data.pdf?download=1>.

Daneben ist vereinbart, zusätzlich die Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung (§ 47 Absatz 3 GGO) zu veröffentlichen. Bis zur Errichtung einer zentralen Plattform wird die Veröffentlichung über die Internetseiten der jeweiligen Ressorts erfolgen, auf die auch vom zentralen Internetauftritt der Bundesregierung aus verlinkt wird. Darüber hinaus weist die Bundesregierung darauf hin, dass der weitere Verlauf des jeweiligen Rechtsetzungsvorhabens auf der Internetseite des Gemeinsamen Dokumentations- und Informationssystems von Bundestag und Bundesrat recherchiert werden kann. Öffentlich bereitgestellte Informationen machen Regierungshandeln besser nachvollziehbar.

Die Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre pflegen in jeder Wahlperiode im

Rahmen der Aufgabenwahrnehmung Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren aller gesellschaftlichen Gruppen. Dies schließt Kontakte ein, die aktuelle Gesetzentwürfe zum Thema haben. Unter diesen ständigen Austausch fallen Gespräche und auch Kommunikation in anderen Formen (schriftlich, elektronisch, telefonisch). Sie haben nicht, wie die Fragestellung möglicherweise andeutet, typischerweise einen lobbyistisch geprägten Hintergrund. Es ist weder rechtlich geboten noch im Sinne einer effizienten und ressourcenschonenden öffentlichen Verwaltung leistbar, entsprechende Informationen und Daten (z. B. sämtliche Veranstaltungen, Sitzungen und Termine nebst Teilnehmerinnen und Teilnehmern) vollständig zu erfassen oder entsprechende Dokumentationen darüber zu erstellen oder zu pflegen.

Parlamentarische Kontrolle von Regierung und Verwaltung verwirklicht den Grundsatz der Gewaltenteilung. Die Gewaltenteilung stellt aber nicht nur den Grund, sondern auch die Grenze der parlamentarischen Kontrolle dar. Parlamentarische Kontrolle ist politische Kontrolle, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE 67, 100 (140)). Parlamentarische Kontrolle kann die Regierungsfunktion auch stören und bedarf daher der Begrenzung auf ein funktionsverträgliches Maß (vgl. BVerfGE 110, 199 (219); 124, 78 (122); 137, 185 (250)).

Die Fragesteller haben eine Vielzahl von identischen Kleinen Anfragen zu verschiedenen Gesetzentwürfen der Bundesregierung gestellt, deren Auswahl soweit erkennbar als eher zufällig erscheint. Die Grenze zur administrativen Überkontrolle ist angesichts des Umfangs der Überprüfung der aktuellen Gesetzgebungstätigkeit und der Detailtiefe von einzelnen Fragen aus Sicht der Bundesregierung erreicht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass dem Informationsbedürfnis der Fragesteller künftig durch die Veröffentlichung der Gesetzes- und Verordnungsentwürfe sowie der Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung auf den Internetseiten der jeweiligen Ressorts Genüge getan ist.

1. Welche externen Dritten wurden bei dem o. g. Gesetzentwurf in der Verbändeanhörung gemäß § 47 Absatz 3 GGO beteiligt (bitte einzeln auflisten)?
2. Welche Stellungnahmen oder sonstigen Schreiben mit Bezug zum Inhalt des im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhabens sind bei der Bundesregierung eingegangen, und wo sind diese jeweils ggf. von der Bundesregierung konkret veröffentlicht worden (bitte mit Angabe der bzw. des Einreichenden, des Eingangsdatums, des Empfängers auflisten und Stand des Gesetzesvorhabens, ggf. Ort der Veröffentlichung mit genauer Angabe der konkreten Internetadresse nennen)?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bei der Erarbeitung des o. g. Referentenentwurfs wurden die betroffenen Fachkreise und Verbände beteiligt (§ 47 Absatz 3 GGO). Die aufgrund dieser Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen sowie der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) selbst werden auf der Internetseite des BMU veröffentlicht unter:

<https://www.bmu.de/GE953>.

3. Welche Vorschläge aus der Stellungnahme eines externen Dritten wurden durch die Bundesregierung ggf. inwieweit übernommen, und warum?
4. Welche der aufgeführten Änderungen gegenüber der jeweils vorherigen Fassung des o. g. Gesetzentwurfs führen ggf. nach Auffassung der Bundesregierung zu welchem konkreten Unterschied im Hinblick auf den zu erwartenden Erfüllungsaufwand und/oder der zu erwartenden Kosten (vgl. § 44 Absatz 2 bis 5 GGO) des o. g. Gesetzentwurfs im Vergleich zu dem der jeweiligen Änderung vorausgegangenen Entwurfsfassung (bitte konkret ausführen)?

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Referentenentwurf hat im Rahmen der Ressortabstimmung sowie der Länder- und Verbändeanhörung Änderungen erfahren. Es ist üblich und Sinn und Zweck dieser Beteiligungen, dass die vorgetragenen Argumente im Rahmen einer Gesamtabwägung und unter Berücksichtigung der politischen Zielsetzung in die weiteren Überlegungen zum Vorhaben einfließen können.

Referentenentwürfe, Stellungnahmen von Verbänden sowie die Gesetzentwürfe werden auf der Internetseite des federführenden Ressorts (hier BMU) sukzessive veröffentlicht. Die vorgenommenen Änderungen sind daher transparent nachvollziehbar. Die Bundesregierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es nicht Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion ist, frei verfügbare Informationen durch die Bundesregierung zusammentragen und anschaulich aufbereiten zu lassen.

5. Welche Gutachten, Studien, Expertisen, Untersuchungen, Prüfberichte oder Ähnliches von welchen externen Dritten (bzw. ggf. von welchen externen Dritten in Auftrag gegeben) wurden ggf. dem Gesetzentwurf als Erkenntnisquelle zugrunde gelegt?

Bei der Erarbeitung von Regelungsvorschlägen wird auf die in der Bundesregierung vorhandene Expertise zurückgegriffen. Soweit dabei einzelne Studien, Unterlagen o. Ä. herausgehoben berücksichtigt werden, werden diese regelmäßig in der Begründung erwähnt.

6. Welche vereinbarten dienstlichen Kontakte (alle nicht bloß zufälligen oder privaten Gespräche und Treffen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Beratungen, Dienstreisen etc.) von Mitgliedern und/oder Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung (einschließlich Bundeskanzleramt) oder der Bundesministerien mit externen Dritten haben im Zusammenhang mit dem im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhaben mit welchem Ergebnis bezogen auf den Regelungsinhalt des Gesetzentwurfs stattgefunden (bitte tabellarisch mit Datum, Ort, teilnehmenden Personen, für die Teilnehmenden des zuständigen federführenden Fachreferates ggf. mit anonymisierter Angabe, aufführen)?
7. Inwieweit wurde ggf. der im Rahmen des zuvor genannten Kontakts unterbreitete Vorschlag eines externen Dritten im Gesetzentwurf positiv berücksichtigt, und wie ist dieser Umstand ggf. im Gesetzentwurf dokumentiert worden (bitte einzeln ausführen)?

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wie in der Vorbemerkung der Bundesregierung ausgeführt ist parlamentarische Kontrolle politische Kontrolle, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE

67, 100, 140). Das parlamentarische Informationsrecht steht zudem unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit. Schon die Abfrage auf Leitungsebene hat bei einer Gesamtbetrachtung der identischen, zwischen dem 19. Dezember 2018 und dem 1. April 2021 beantworteten 270 Kleinen Anfragen die Grenzen der Zumutbarkeit erheblich überschritten.

Die Bundesregierung hat insgesamt 82 Bundesminister und Bundesministerinnen, Staatsminister und Staatsministerinnen, Parlamentarische Staatssekretäre und Parlamentarische Staatssekretärinnen sowie Staatssekretäre und Staatssekretärinnen. Für die zwischen dem 19. Dezember 2018 und dem 12. März 2019 beantworteten 57 Kleinen Anfragen bei 15 Ressorts wurden zunächst die Termine sämtlicher Bundesministerinnen und Bundesminister, Parlamentarischer Staatssekretärinnen und Parlamentarischer Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister und Staatssekretärinnen und Staatssekretären geprüft. Hierfür waren daher bereits 4 674 Überprüfungen erforderlich.

Die Überprüfungen sind regelmäßig mit erheblichem Aufwand verbunden. Da in Gesetzesvorhaben zumeist nicht nur eine, sondern mehrere Regelungen getroffen werden, müssen die abgefragten Vorhaben zunächst auf ihre inhaltlichen Bestandteile hin analysiert werden. Anschließend müssen die Akten entsprechend auf mögliche Gespräche zu diesen Regelungsinhalten überprüft werden, so dass in der Regel bereits bei der Überprüfung eines Termins zu einem Vorhaben mehrere Personen eingebunden werden müssen. Dies nimmt erhebliche Zeit in Anspruch. Gemäß den Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung werden Gespräche jedoch in der Regel nur zu Themen geführt, die in der Federführung des eigenen Ressorts liegen oder das eigene Ressort im besonderen Maße betreffen. Entsprechend haben diese Überprüfungen bei Personen aus den nicht federführenden oder fachlich nicht betroffenen Ressorts regelmäßig Fehlanzeigen ergeben.

Gerade vor dem Hintergrund, dass hier nicht gezielt nach einer bestimmten Regelung gefragt wird, sondern pauschal die gesamte Gesetzgebungstätigkeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode abgefragt wird, war ein fachlicher Bezug der jeweiligen Personen zu fachfremden Gesetzesvorhaben teilweise fernliegend. Daher werden nunmehr in der Antwort zu den Fragen 6 und 7 nur noch die Akten des jeweils federführenden und der fachlich betroffenen Ressorts sowie des Bundeskanzleramtes für den Zeitraum vom 14. März 2018 (Konstituierung der Bundesregierung) bis zum Kabinettsbeschluss des Gesetzentwurfs überprüft. Trotz der Änderung der Überprüfungspraxis waren in der Zeit vom 13. März 2019 bis zum 1. April 2021 6 484 Überprüfungen erforderlich. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden folglich bisher insgesamt 11 158 Überprüfungen durchgeführt.

Für den gegenständlichen Gesetzentwurf wurden die Akten des federführenden (BMU) und der fachlich betroffenen Ressorts – hier: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Bundesministerium für Finanzen (BMF), Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sowie des Bundeskanzleramtes (BK) für den Zeitraum vom 14. März 2018 (Konstituierung der Bundesregierung) bis 10. Februar 2021 (Kabinettsbeschluss des Gesetzentwurfs) überprüft.

Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche bzw. deren Ergebnisse – einschließlich Telefonate – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung zu dieser Kleinen Anfrage sowie in der Antwort

auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Zudem werden Gesprächsinhalte nicht protokolliert. Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig.

Die Abfrage hat keine Gespräche (nur Leitungsebene) mit externen Dritten bezogen auf den Regelungsgegenstand des Referentenentwurfs ergeben: BMV, BMVI, BMJV, BMVg, BMF, BMG.

Die Abfrage hat folgende Gespräche mit externen Dritten (nur Leitungsebene) bezogen auf den Regelungsgegenstand des Referentenentwurfs ergeben:

BMU

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Veranstaltung/Teilnehmer*in extern
PSt Florian Pronold	20.09.2018	Klosterlechfeld	Gespräch mit Verband für Landschaftspflege (Vorsitzende und GF)
PSt Florian Pronold	04.10.2018	Kronach	Besuch Lehrbienenstand und Gespräch mit Imkern
PSt Florian Pronold	12.12.2018	Berlin	Gespräch mit DB AG zu Glyphosatinsatz
PSt Florian Pronold	27.02.2019	Berlin	Gespräch mit DB AG zu Glyphosat
PSt Florian Pronold	29.04.2019	Wolnzach	Gespräch mit Verband dt. Hopfenpflanzer
PSt Florian Pronold	28.05.2019	Berlin	Gespräch mit DBU und DB zum Projekt Glyphosatausstieg
PSt Florian Pronold	17.09.2019	virtuell	Gesprächsrunde mit Hopfenbauern
PSt Florian Pronold	10.11.2019	Roßbach-Münchshof	Betriebsbesuch Lindner Landwirtschaft
BMin Schulze	12.02.2020	Berlin	BUND: Olaf Bandt (Vorsitzender); Antje von Broock (Geschäftsführerin Politik und Kommunikation) DNR: Kai Niebert (Präsident); Florian Schöne (politischer Geschäftsführer); Greenpeace: Stefan Krug (Leiter Politik, Greenpeace Büro Berlin) NABU: Jörg-Andreas Krüger (Präsident); Sebastian Scholz (NABU-Teamleiter Energiepolitik/Klimaschutz) WWF: Christoph Heinrich (Vorstand Naturschutz); Prof. Dr. Diana Pretzell (Leiterin Naturschutz Deutschland)
PSt Florian Pronold	03.04.2020	virtuell	Teilnahme am Gespräch mit Big Five der Umweltverbände
PSt Florian Pronold	30.04.2020	virtuell	Teilnahme am Nachfolgespräch Big five der Umweltverbände
PSt Florian Pronold	02.06.2020	virtuell	Teilnahme am Nachfolgespräch Big five der Umweltverbände
BMin Schulze	18.06.2020	Berlin	WWF-Online-Panel zum Thema „Schutz der Artenvielfalt = Schutz vor Pandemien“ Dr. Sandra Junglen, Institut für Virologie, Charité Berlin Dr. Arnulf Köhncke, Direktor Artenschutz, WWF Deutschland
PSt Florian Pronold	20.06.2020	Geiselhörig	Gespräch mit Landwirten
PSt Florian Pronold	26.07.2020	Haimbuch	Besucher einer Blühwiese, Landwirtschaft
PSt Florian Pronold	27.07.2020	Gustenfelden	Besuch Obstbauer Winkler

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Veranstaltung/Teilnehmer*in extern
BMin Schulze	10.08.2020	Laer	Besuch Naturland- und Archehof Büning Frau Büning Matthias Miersch MdB Ulla Schulte MdB Pressevertreter*innen (bisher topagrar, SAT 1)
PSt Florian Pronold Sts Flasbarth	18.08.2020 08.09.2020	Hamburg	Besuch Obstbauer im „Alten Land“ Gabi Fiedler-Deutsche Umwelthilfe e.V., Steffen Reich-Deutschen Alpenverein e.V., Christoph Heinrich-WWF Deutschland, Ulrich Stöcker-Deutsche Umwelthilfe e.V., Lena Assmann-Grüne Liga Berlin e.V., Lavinia Roveran-Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V., Jörg-Andreas Krüger-NABU, Matthias Meißner-Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
BMin Schulze	09.09.2020	virtuell	BUND, Olaf Bandt NABU, Jörg-Andreas Krüger WWF, Christoph Heinrich Greenpeace, Martin Kaiser DNR, Kai Niebert
PStin Schwarzelühr-Sutter	05.10.2020		Deutscher Bauernverband Ehrung/Podiumsdiskussion auf Abschlusstagung „Lebendige Agrarlandschaften – Landwirte gestalten Vielfalt!“
BMin Schulze	08.10.2020	Berlin	1. Kommunales Spitzentreffen Florian Pronold, PSt P BMU Mike Schubert, OB Potsdam Octavian Ursu, OB von Görlitz Belit Onay, OB von Hannover Pit Clausen, OB von Bielefeld Antje Hochwind-Schneider, Landrätin des Landratsamtes Kyffhäuserkreis Reinhard Sager, Präsident des dt. Landkreistags und Landrat des Kreises Ostholstein Dr. Kay Ruge, Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag Ralph Spiegler, Präsident des dt. Städte- und Gemeindebunds und BM der Verbandsgem. Nieder-Olm Norbert Portz, Beigeordneter beim dt. Städte- und Gemeindebund Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des dt. Städtetags Detlef Raphael, Beigeordneter beim dt. Städtetag
PSt Florian Pronold	26.10.2020	virtuell	Gespräch Biodiversität Zentrum Nordbayern
PStin Schwarzelühr-Sutter	12.12.2020	virtuell	Virtueller Austausch mit Land schafft Verbindung
PStin Schwarzelühr-Sutter	20.01.2021	virtuell	Video-Talk mit Regina Birner: Landwirtschaft, Bioökonomie, biologische Vielfalt und Klimawandel
PStin Schwarzelühr-Sutter	25.01.2021	virtuell	Präsidium des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes e.V

BMin Schulze	28.01.2021	virtuell	Martin Kaiser, Greenpeace Jörg-Andreas Krueger, Nabu Christoph Heinrich, WWF Olaf Bandt, BUND Kai Niebert, DNR
BMin Schulze	09.02.2021	virtuell	Online-Diskussions-Veranstaltung mit Bürger*innen auf Einladung von MdB Isabell Mackensen
	10.02.2021		Kabinettsbeschluss Insektenschutzgesetz
Sts Flasbarth	01.03.2021		Besprechung mit BÖLW (zahlreiche Teilnehmer*innen)

BMEL

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
Bundesministerin Julia Klöckner	09.09.2020	virtuell	Eberhard Hartelt, Präsident Steffen Pingen, Fachbereichsleiter Deutscher Bauernverband e. V. Philip Brändle Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Dr. Friedhelm von Mering Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V. Dr. Jürgen Metzner, Geschäftsführer Deutscher Verband für Landschaftspflege e. V. Dr. Friedrich Dechet Industrieverband Agrar e. V. Frank Kisfeld Thies Kruse Initiative „Land schafft Verbindung“ Dr. Hans Joachim Brinkjans, Stellv. Generalsekretär Zentralverband Gartenbau e. V. Jens Stechmann Bundesfachgruppe Obstbau Max Freiherr von Elverfeldt, Vorsitzender Fabian Wendenburg, Geschäftsführer Familienbetriebe Land und Forst Klaus Schneider, Präsident Klaus Rückrich Deutscher Weinbauverband e. V. Dr. Michael Reiningger Deutscher Raiffeisenverband e. V.

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
Bundesministerin Julia Klöckner	09.09.2020	virtuell	Christoph Herrlinger Dr. Anja Dederichs Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter Torsten Ellmann, Präsident Deutscher Imkerbund e. V. Romana Wieduwilt Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft e. V. Annette Seehaus-Arnold, Präsidentin Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund Ulrich Hardt Deutscher Forstwirtschaftsrat e. V. Prof. Dr. rer. hort. Klaus Neumann, Präsident Bettina de la Chevallerie, Geschäftsführerin Deutsche Gartenbau-Gesellschaft 1822 e. V.
PSt Dr. Michael Meister PSt Uwe Feiler	24.08.2020	Heppenheim	Artur Steinmann, Präsident, Fränkischer Weinbauverband Hermann Schmitt, Geschäftsführer, Fränkischer Weinbauverband Peter Wohlfarth, Geschäftsführer, Badischer Weinbauverband Andrea Engelmann, Geschäftsführerin, Rheingauer Weinbauverband Otto Guthier, Vorsitzender, Weinbauverband Hessische Bergstraße Heinz Freiburger, Vorstandsmitglied, Weinbauverband Hessische Bergstraße Johannes Bürkle, Vorstandsmitglied, Weinbauverband Hessische Bergstraße Dr. Patrick Staub, Geschäftsführer, Bergsträßer Winzer eG

BK

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun	11.09.2018	Berlin	Werner Schwarz, Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein e.V.
Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun	18.10.2018	Berlin	Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbands e.V.
Staatsminister Dr. Hoppenstedt	01.10.2019	Berlin	Bernhard Krüsken, Generalsekretär Deutscher Bauernverband e.V.
Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun	30.10.2019	telefonisch	Karsten Schmal, Präsident, Hessischer Bauernverband e.V.
Staatsminister Dr. Hoppenstedt	30.10.2019	Berlin	Bernhard Krüsken, Generalsekretär Deutscher Bauernverband e.V.

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel; Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun Bundesministerin Julia Klöckner	02.12.2019	Berlin	[Landwirtschaftsdialog] Siehe separate Liste (Anlage 1)
Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun	16.01.2020	Berlin	Karsten Schmal, Präsident, Hessischer Bauernverband e.V.
Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun	23.01.2020	Berlin	[Berliner Gespräch im Rahmen der Grünen Woche] siehe separate Liste (Anlage 2)
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	31.08.2020	Videokonferenz	Prof. Kai Niebert, Präsident des deutschen Naturschutzrings (DNR) Martin Kaiser, Geschäftsführer, Greenpeace Jörg-Andreas Krüger, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) Christoph Heinrich, Mitglied der Geschäftsleitung und Vorstand Naturschutz des WWF Olaf Bandt, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Natur Deutschland (BUND)
Staatsminister Dr. Hoppenstedt	16.12.2020	telefonisch	Dr. Holger Hennies, Präsident, Landvolk Niedersachsen
Staatsminister Dr. Hoppenstedt	21.12.2020	telefonisch	Dr. Holger Hennies, Präsident, Landvolk Niedersachsen
Staatsminister Dr. Hoppenstedt	22.12.2020	telefonisch	Dr. Holger Hennies, Präsident, Landvolk Niedersachsen
Staatsminister Dr. Hoppenstedt	04.02.2021	telefonisch	Dr. Holger Hennies, Präsident, Landvolk Niedersachsen
Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun	09.02.2021	Videokonferenz	Vertreter von Land schafft Verbindung Hessen e.V. im Rahmen einer Videozuschaltung zu einer Demonstration
Staatsminister Dr. Hoppenstedt	09.02.2021	Berlin	Bernhard Krüsken, Generalsekretär Deutscher Bauernverband e.V.

BMBF

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
PSt Dr. Michael Meister	03.12.2019	Heppenheim	Otto Guthier, Vorsitzender, Weinbauverband Hessische Bergstraße
PSt Dr. Michael Meister	31.07.2020	Lampertheim	Dr. Willi Billau, Vorsitzender, Regionalbauernverband Starkenburg
PSt Dr. Michael Meister PSt Uwe Feiler Teilnahme aus BMBF und BMEL	24.08.2020	Heppenheim	Artur Steinmann, Präsident, Fränkischer Weinbauverband Hermann Schmitt, Geschäftsführer, Fränkischer Weinbauverband Peter Wohlfarth, Geschäftsführer, Badischer Weinbauverband Andrea Engelmann, Geschäftsführerin, Rheingauer Weinbauverband

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
PSt Dr. Michael Meister PSt Uwe Feiler Teilnahme aus BMBF und BMEL	24.08.2020	Heppenheim	Otto Guthier, Vorsitzender, Weinbauverband Hessische Bergstraße Heinz Freiburger, Vorstandsmitglied, Weinbauverband Hessische Bergstraße Johannes Bürkle, Vorstandsmitglied, Weinbauverband Hessische Bergstraße Dr. Patrick Staub, Geschäftsführer, Bergsträßer Winzer eG

8. Wann wurde ggf. das Beteiligungsverfahren nach § 47 Absatz 3 GGO begonnen und welche Frist wurde dabei zur Abgabe der Stellungnahme gesetzt (bitte die Anzahl der Werkzeuge zwischen dem Datum der Zuleitung und des Fristablaufs angeben)?

Das Beteiligungsverfahren nach § 47 Absatz 3 GGO wurde am 25. September 2020 mit Frist zum 16. Oktober 2020 eingeleitet.

9. Wurden bestimmten Verbänden oder externen Dritten noch vor der formalen Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO die Vorentwürfe, Eckpunkte oder ähnliche Vorarbeiten zu dem im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhaben zugeleitet, und wenn ja, welchen, und wann?

Ja – BMEL, sonst Fehlanzeige.

BMEL

Verbände:	Datum
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	20.08.2020
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V.	20.08.2020
Deutscher Bauernverband e. V.	20.08.2020
Deutscher Forstwirtschaftsrat e. V.	20.08.2020
Deutscher Verband für Landschaftspflege e. V.	20.08.2020
Industrieverband Agrar e. V.	20.08.2020
Initiative Land schafft Verbindung	20.08.2020
Zentralverband Gartenbau e. V.	20.08.2020
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V.	20.08.2020
Familienbetriebe Land und Forst e. V.	20.08.2020
Deutscher Weinbauverband e. V.	20.08.2020
Bundesfachgruppe Obstbau	20.08.2020
Deutscher Raiffeisenverband e. V.	20.08.2020
Deutsche Gartenbau- Gesellschaft 1822 e. V.	20.08.2020
Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter	20.08.2020
Deutscher Imkerbund e. V.	20.08.2020

10. Wann wurde ggf. die Unterrichtung gemäß § 48 Absatz 1 und 2 GGO jeweils durchgeführt?

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages sowie der Bundesrat wurden am 25. September 2020 unterrichtet.

Teilnehmerübersicht – 2.12.2019

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)	Georg Janßen Phillip Braendle	Bundesgeschäftsführer Bundsvorstand
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)	Dr. Karsten Schulz Manfred Walter	Referent Sprecher
Bund der Deutschen Landjugend e.V. (BDL)	Kathrin Muus Sebastian Schaller	Bundsvorsitzende Bundsvorsitzender
Bundesarbeitsgemeinschaft der Landwirtschaftlichen Familienberatungen und Sorgentelefone e.V. (BAG)	Hartmut Schneider Žana Schmid-Mehić	Vorsitzender Verbandsreferentin
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)	Dr. Felix Prinz zu Löwenstein Dr. Alexander Gerber	Vorsitzender Mitglied des Vorstands
VDL - Bundesverband Agrar, Ernährung, Umwelt e.V.	Markus W. Ebel-Waldmann Stephan Ludewig	Präsident Bundesgeschäftsführer
Bundesverband Bioenergie e.V. (BBE)	Udo Hemmerling Stephan Arens	Stellv. Vorsitzender Mitglied des Vorstandes
Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V. (BVA)	Martin Courbier Markus Grimm	Geschäftsführer stelly. Vorsitzender
Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft e.V. (BDB)	Norbert Schindler Stefan Walter	Vorsitzender Geschäftsführer
Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP)	Stephanie Franck-Oberaspach Dr. Carl-Stephan Schäfer	Vorsitzende Geschäftsführer
Bundesverband Deutscher Milchviehalter e.V. (BDM)	Stefan Mann Ursula Trede	Vorsitzender
Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL)	Dr. Robert Josef Kloos	Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Rind und Schwein e.V. (BRS)	Josef Hannen Paul Hegemann	Vorsitzender 1. Stellv. Vorsitzende
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V. (DLG)	Hubertus Paetow	Präsident
Deutscher Bauernbund e.V. (DBB)	Frank Böcker Martin Dippe	

...

- 2 -

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)	Joachim Rukwied Bernhard Krüsken	Präsident Generalsekretär
Deutscher Imkerbund e.V. (DIB)	Torsten Ellmann Stefan Spiegl	Präsident Vizepräsident
Deutscher Landfrauenverband e.V. (DLV)	Petra Bentikämpfer Daniela Ruhe	Präsidentin Hauptgeschäftsführerin
Deutscher Raiffeisenverband e.V. (DRV)	Franz-Josef Hoizenkamp Dr. Henning Ehlers	Präsident Hauptgeschäftsführer
Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL)	Ute Grothey Dr. Jürgen Metzner	stellv. Bundesvorsitzende Geschäftsführer
Deutscher Weinbauverband e.V. (DWW)	Klaus Schneider	Präsident
Deutsches Maiskomitee e.V. (DMK)	Prof. Dr. Friedhelm Taube Dr. Helmut Meißner	Vorsitzender Geschäftsführer
Evangelische Jugend auf dem Lande (EJL)	Gottfried Gronbach Michael Schradi	ehrenamtlicher Vorsitzender
Fachverband Biogas e.V.	Horst Seide Dr. Stefan Rauh	Präsident
Familienbetriebe Land und Forst e.V. (FABLF)	Max Freiherr von Eiverfeldt Fabian Wendenburg	Vorsitzender
Gaa e.V. - Vereinigung ökologischer Landbau	Kornelie Blumenschein Kai Holger Pönitz	Vorsitzende
Industrieverband Agrar e.V. (IVA)	Dr. Manfred Hudetz Dr. Dietrich Pradt	Präsident Hauptgeschäftsführer
Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V. (ISN)	Heinrich Dierkes Dr. Torsten Staack	Vorsitzender Geschäftsführer
Initiative „Grüne Kreuze“	Dr. Willi Kremer-Schillings Nadine Henke	
Junge Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V. (JDLG) (siehe DLG)	Stefan Cramm	Vorsitzender
Katholische Landjugendbewegung (KLJB)	Sarah Schulte-Döinghaus Hubertus Kleuter	Bundesvorsitzende

..

- 3 -

Katholische Landvolkbewegung Deutschland (KLB)	Korbinian Obermayer Bettina Locklair	Bundesvorsitzender Bundesgeschäftsführerin
Land schafft Verbindung	Dirk Andresen Sebastian Dickow	
Milchindustrie-Verband e.V. (MIV)	Jakob Ramm Eckhard Heuser	stellv. Vorsitzender Hauptgeschäftsführer
Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e.V. (UFOP)	Wolfgang Vogel Dietmar Brauer	Vorsitzender Stellv. Vorsitzender
Verband der Landwirtschaftskammern e.V. (VLK)	Gerhard Schwejze Dr. Beate Bajorat	Präsident Direktorin
Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V. (VBLR)	Johannes Buß Dr. Peter Buhmann	Mitglied des Vorstandes Bundesgeschäftsführer
Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände e.V. (VDL)	Alfons Gimber Stefan Völl	Vorsitzender Geschäftsführer
Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V. (ZDG)	Friedrich-Otto Ripke Karl-Frieder Kottsieper	Präsident
Zentralverband Gartenbau e.V. (ZVG)	Jürgen Mertz Jens Stechmann	Präsident Vorsitzender des Bundesausschusses Obst und Gemüse

Einladungsliste Berliner Gespräch 2020

Name	Position
1 Böck, Thomas	Vorsitzender Claas
2 Boersch, Marc-Aurel	Vorstandsvorsitzender Nestlé Deutschland
3 Dornseifer, Friedhelm	Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Lebensmittelhandels
4 Duenbostel, Dr. Hagen	Sprecher des Vorstands KWS SAAT SE
5 Fassin, Bastian	Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Süßwarenindustrie
6 Fröhlich, Uwe	Co-Vorstandsvorsitzender der DZ Bank
7 Gehrig, Klaus	Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Schwarz Dienstleistung
8 Genth, Stefan	Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland - HDE
9 Göke, Dr. Christian	Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Berlin
10 Heer, Dr. Wolfgang	Vorstandsvorsitzender Südzucker
11 Heijs, Karel	Geschäftsbereichsleiter für Life Science der Messe Berlin
12 Hengstenberg, Philipp	Präsident des Lebensmittelverbandes Deutschland
13 Holzenkamp, Franz-Josef	Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes
14 Ingold, Dr, Wolfgang	Vorstandsvorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
15 Köckler, Dr. Dirk	Vorstandsvorsitzender AGRAVIS Raiffeisen
16 Krüsken, Bernhard	Generalsekretär des Deutscher Bauernverbandes
17 Lutz, Prof. Klaus Josef	Vorstandsvorsitzender BayWa
18 Meier, Willi	Prokurist und Exportleiter J.G. Niederegger
19 Minhoff, Christoph	Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
20 Mosa, Markus	Vorstandsvorsitzender der EDEKA ZENTRALE
21 Müller, Ingo	Sprecher der Geschäftsführung Deutsches Milchkontor
22 Müller, Theo	Alleingesellschafter der Theo Müller Holding (Schweiz)
23 Reinhardt, Dr. Horst	Sprecher des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank
24 Rukwied, Joachim	Präsident des Deutschen Bauernverbandes
25 Sanktjohanser, Josef	Präsidenten des Handelsverbandes Deutschland - HDE
26 Schneider, Klaus	Präsident des Deutschen Weinbauverbandes

Einladungsliste Berliner Gespräch 2020

Name	Position
27 Schwarz, Werner	Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein
28 Sönnichsen, Steen	Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Westfleisch SCE
29 Tönnies, Clemens	Geschäftsführer Tönnies Lebensmittel
30 Weber, Christine	Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Verwaltungsrats Zott
31 Wesjohann, Peter	Vorstandsvorsitzender der PHW-Gruppe Lohmann
32 Wippler, Michael	Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks